

## **Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Pflege-Versicherungsgesetzes**

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 5/985 -

Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin, ich möchte mich jetzt, da ja Argumente gestern schon genügend ausgetauscht wurden, speziell an die Mitglieder der Fraktion der SPD wenden und Ihnen noch einmal zur Kenntnis geben, wie das im Jahr 2005 war, um das vielleicht für Ihre Entscheidungsfindung noch mal handhabbar zu machen. Es gab im Jahr 2005 zwei Beratungen zu diesem Gesetz. Ich möchte ganz kurz einige Meinungen zitieren, die damals Frau Künast im Namen der SPD-Fraktion hier kundgetan hat. Ich möchte daraus zitieren: „Nein, ich denke, es ist der Job einer Landesregierung, innerhalb des Landeshaushalts die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine bedarfsgerechte ambulante und stationäre Pflege für alle Pflegebedürftigen in guter Qualität angeboten wird.“

(Beifall DIE LINKE)

Dann sagt sie weiter: „Dieses Gesetz führt nicht nur zu einer Verringerung der bisher geleisteten Zuschüsse an die Träger der Pflegeeinrichtungen. Nein, es führt vor allen Dingen zu einer zunehmenden Belastung für pflegebedürftige Menschen in Thüringen.“ Weiter in dieser Sitzung sagt sie: „Mit diesen Gesetzentwürfen wird ein Beitrag dazu geleistet, pflegebedürftige Menschen in Armut zu treiben, ihre Ersparnisse aufzubrechen und wenn dies alles nicht reicht, die Kommunen als Sozialhilfeträger zu belasten.“ Dann ist noch im Protokoll aufgeführt: „Beifall Abgeordnete Taubert“.

Bei der zweiten Beratung am 02.06.2005 sprach wiederum Frau Künast u. a. ein Zitat: „Bei diesem Gesetzentwurf geht es um nichts anderes als um die finanzielle Belastung pflegebedürftiger Menschen und es geht um den Rückzug des Landes und leider auch der Kommunen aus der Verantwortung für eine bedarfsgerechte Infrastruktur stationärer und ambulanter Pflegeeinrichtungen. Die künftigen Bewohner werden das ausbaden müssen. Sie werden monatlich in einer Größenordnung von zusätzlich 300 bis 400 € belastet. Darum geht es und darum, im Landeshaushalt zukünftig noch mehr einsparen zu können. Das Gesetz ist kein Ausführungsgesetz, sondern ein Sozialabbaugesetz.“

(Beifall DIE LINKE)

Ja, meine Damen und Herren von der Landesregierung und liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, es geht um Sozialabbau. Und das letzte Zitat von Frau Künast: „Alles andere rundherum in diesen Argumentationen sind nichts anderes als Schutzbehauptungen; Schutzbehauptungen eines Angeklagten, der versucht, die Tat zu verschleiern. Die Tat besteht darin, alle künftigen Lasten auf die Bewohner der Altenheime und bei den Nutzern ambulanter Pflegeeinrichtungen abzuladen und sich klammheimlich aus der Verantwortung herauszustehlen.“ Soweit diese Zitate. Ja, man muss manchmal nachlesen, was man früher gesagt hat. Jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, müssen Sie nach dem letzten Zitat von Frau Künast entscheiden, ob Sie Mittäter werden wollen.

(Beifall DIE LINKE)